sationen gegen den Mittelstand seien. — Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. Gegen Sozialdemokraten und fortschrittliche Volkspartei wird der Antrag der Kommission angenommen. — Es folgt Beratung des Antrags der fortschrittlichen Volkspartei auf **Wiederaufhebung der Eosinfärbung** der zum niedrigen Zollsatze eingeführten Gerste. In Verbindung damit wird eine ebenfalls auf Abänderung der Gerstenzollordnung (betreffend Färbung der Gerste) gerichtete Petition schleswig-holsteinscher und niederdeutscher Müller und Getreidehändler beraten. Die Kommission beantragt Ueberweisung der Petition als Material. — Abg. Carstens (fortschr. Vp.) bleibt trotz aller von der Regierung eingeholten Gutachten dabei, daß als Folge der Fütterung mit Eosingerste entzündliche Erscheinungen der Eingeweide wahrgenommen worden seien. Professor Lebin in Berlin habe dies festgestellt, und deshalb solle man schleunigst die Färbung abschaffen. — Staatssekretär Warmuth: Durch unsere Handelsverträge sind wir gezwungen, zwischen Malzgerste zu 4 Mk. und Futtergerste zu 1,30 Mk. zu unterscheiden. Daran halten wir auch fest. Wir haben alle Mittel zur Kennzeichnung versucht. Der Wunsch nach Färbung der Gerste entstammt nicht agrarischen Kreisen, sondern denen der Müller und des Handels. (Hört, hört!) Wir haben mehr als ein Dutzend Farbstoffe untersucht. Eosin hat sich als am besten erwiesen. Es war alles ganz schön in Ordnung, bis plötzlich die Alarmnachricht kam, die eine ungeheure Aufregung verursachte. Bereits sah man den Reichsboden mit verendeten Schweinen bedeckt. (Heiterkeit.) Wir haben darauf Fütterungs- und Vergiftungsversuche angestellt, auf Gütern und in den Laboratorien im Reichsgesundheitsamt. Keiner dieser Versuche hat gesundheitsschädliche Folgen ergeben. Das Zwölffache von dem, was ein Tier bei normaler Fütterung bekommt, haben wir den Tieren gereicht, aber kein Tier hat es fertig gebracht, auch nur eine gesundheitsschädliche Wirkung zu zeigen. Die Eosinfärbung wird heute mit der Hälfte des früheren Quantums erzielt. Tatsächlich ist jetzt auch Beruhigung eingetreten, und man sollte nicht wieder Unsicherheit in die Interessentenkreise tragen. Wir können von unserem Verfahren nicht abgehen, und die Annahme der Resolution wäre nicht förderlich. (Lebhafter Beifall.) — Abg. Mayer-Pfarrkirchen (Zentr.) und Abg. Dr. Roesicke (kons.) sprechen aus den gleichen Gründen gegen die Resolution; letzterer bemerkt: Uns kommt es nicht auf das Eosin an, aber ein anderes Denaturierungsmittel haben wir nicht. — Abg. Weber (natl.): Solange wir Brau- und Futtergerste mit verschiedenen Zöllen belegen, müssen wir sie auch unterscheiden, und da mit Eosin gefärbte Gerste nicht gesundheitsschädlich ist, werden wir wohl bei der Färbung bleiben müssen. Das Publikum kauft allerdings eosinfreie Gerste lieber, und das haben die Großmüller ausgenutzt, zum Schaden der kleinen Müller und Händler. Die kleinen Müller müssen daher instand gesetzt werden, ebenso gut ungefärbte Gerste zu vermahlen wie die Großmüller. Geht das nicht an, so muß dafür gesorgt werden, daß alle Gerste gefärbt wird. Die kleinen und mittleren Müller bedürfen jedenfalls des Schutzes. Auch muß bei der Vornahme der Färbung mehr auf die Schiffahrt Rücksicht genommen werden. Es darf nicht so wie bisher, mit der Farbe in das Schiff hineingespritzt werden. Die Schleppkähne müssen gegen das Rotfärben geschützt werden. — Staatssekretär Warmuth: Es ist richtig, daß bei dem jetzigen Verfahren die Großmüller Vorteile auf Kosten der Kleinmüller haben. Wir sind in Erwägung begriffen, wie dem abzuhelfen ist. Es wird das geschehen entweder durch Verkürzung der Vergünstigung der Großmühlen oder durch Gewährung dieser Vergünstigung auch an die Kleinmühlen. (Beifall.) — Abg. Stolle (Soz.) tritt für die Resolution ein. — Abg. Burckhardt (Wirtsch. Vgg.) wendet sich gegen die Resolution, doch habe Weber darin Recht, daß für die Kleinmühlen etwas geschehen müsse. — Abg. Fegter (fortschr. Vp.): Es möge dahingestellt bleiben, ob das Eosin giftig ist oder nicht, schädlich oder unschädlich, jedenfalls ist es eine Erschwerung für Handel, Schiffahrt und die Kleinmüller. — Die Resolution wird schließlich gegen die Stimmen der Volkspartei und der Sozialdemokraten abgelehnt. — Morgen 1 Uhr: Interpellation Bassermann betr. das Mülheimer Eisenbahnunglück. Weiterberatung der Vorlage betr. Entlastung des Reichsgerichts, Verlängerung des schwedischen Handelsvertrages, Reichsbesteuerungsgesetz. — Schluß 6¼ Uhr.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der Kalikommission des Reichstags begründete heute Abg. Müller-Fulda einen neuen Vorschlag, wonach die Kaliproduktion allgemein kontingentiert werden soll, mit Maximalpreisen für das Inland und Minimalpreisen für das Ausland. Eine Förderabgabe solle, wenn überhaupt, nur zur Deckung der Kontrollkosten des Reiches erhoben werden.

Preußischer Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Bei der fortgesetzten Besprechung über die wirtschaftliche Seite des **Eisenbahnetats** im Abgeordnetenhaus erwiderte Minister Breitenbach: Zweckdienlicher als eine Ermäßigung der Tarife sei für den Transport von Seefischen die Möglichkeit einer schleunigen Beförderung. Was in dieser Hinsicht noch geschehen könne, werde geschehen. Auch die Eisenbahnverwaltung wolle dazu beitragen, daß die Fische ein wirkliches Volksnahrungsmittel werden. — Bei den dauernden Ausgaben Titel „Besoldung" wurde beschlossen, die Erörterung über eine Reihe von Beamtenpetitionen bis nach Erledigung des Gesamtetats zurückzustellen. Die Debatte hatte im wesentlichen die Verhältnisse der Eisenbahnhandwerker und -Arbeiter zum Gegenstand. Der Minister erklärte, daß, nachdem in den Jahren 1899 bis 1908 die Gehälter der Beamten sich um 22, die Löhne der Arbeiter um 24 Prozent erhöht hätten, eine allgemeine Lohnerhöhung jetzt nicht in Frage kommen könne. — Die Beratung wird morgen fortgesetzt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Auf der Tagesordnung für die nächste Plenarsitzung des Herrenhauses, die auf Freitag, den 15. April, mittags 12 Uhr, anberaumt ist, steht als einziger Punkt Beratung und Beschlußfassung über die geschäftliche Behandlung des von dem Hause der Abgeordneten unter Abänderung der Regierungsvorlage angenommenen Wahlrechts-Entwurfes. Die konservative und die neue Fraktion des Herrenhauses werden morgen Sitzungen abhalten, um Stellung zu der Wahlrechtsvorlage zu nehmen. Man nimmt an, daß in der Plenarsitzung am Freitag Anträge noch nicht gestellt werden, sondern nur eine Generaldiskussion eröffnet werden wird, die vielleicht nur einen Tag in Anspruch nehmen wird. Die Spezialprüfung der Vorlage bleibt der Kommission überlassen, in der die Mehrheit der konservativen Fraktion angehört.

38. Vollversammlung des Deutschen Handelstages.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der heutigen Vollversammlung des Handelstages wurde zur Reichsversicherungsordnung folgende allgemeine Resolution angenommen: „Daß die verschiedenen Versicherungszweige, Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung, nicht miteinander verschmolzen werden, ist gutzuheißen, weil eine Verschmelzung nicht nur die bisherige Organisation zerstören, sondern auch die Verschiedenheit der mit den einzelnen Versicherungszweigen vorhandenen Risiken mittreffen würde. Die Zusammenfassung der Bestimmungen über die verschiedenen Versicherungszweige in ein einheitliches Gesetz ist abzulehnen, im übrigen wird jedoch anerkannt, daß der Entwurf verschiedene Verbesserungen enthält." Dem wurde debattelos zugestimmt und dann in die Spezialberatung der Reichsversicherungsordnung eingetreten. Das erste Spezialgebiet, die Krankenversicherung, behandelten Dr. Rogge-Hannover und Dr. Diedrich-Plauen. Debattelos wurden die Forderungen des Ausschusses des Deutschen Handelstages zur Krankenversicherung zum Beschluß erhoben. Danach erklärte sich der Deutsche Handelstag mit der Ausdehnung des Kreises der versicherten Personen einverstanden, insbesondere auch hinsichtlich des Hausgewerbes, jedoch mit der Einschränkung, daß als Hausgewerbetreibende nicht Inhaber von Fabriken gelten sollen. Trotzdem der Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge von ½ auf ⅓ sehr erhebliche Bedenken gegenüberstehen, sind diese zurückzustellen, weil es im staatsbürgerlichen Interesse liege, den Einfluß der Arbeitgeber bei der ehrenamtlichen Verwaltung, namentlich der Ortskrankenkassen, zu stärken. Die Systeme des besonderen und des allgemeinen Aerztevertrages sollen grundsätzlich als gleichwertig anerkannt und behandelt werden.

Die Feierlichkeiten in Jerusalem.

Jerusalem. Prinz und Prinzessin Eitel Friedrich mit Gefolge trafen heute vormittag am Portal des syrischen Waisenhauses ein und wurden vom Direktorium empfangen und nach der Kirche geleitet, wo Oberkonsistorialrat Kahl-München die Festpredigt hielt. Nach dem Gottesdienst fand eine Besichtigung der gesamten Anstalt statt.

Der Tarifkampf im Baugewerbe.

Breslau. (Priv.-Tel.) In einer Versammlung des Breslauer Arbeitgeberbundes für das Maurer- und Zimmerergewerbe wurde heute beschlossen, am Freitag abend sämtliche im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter auszusperren. Eine Kommission wird die Bauten von Zeit zu Zeit revidieren, um festzustellen, ob der Beschluß auch innegehalten wird. Es kommen für Breslau nahezu 200 Baugeschäfte in Betracht. Gegen 6000 Arbeiter werden in Mitleidenschaft gezogen.

Magdeburg. (Priv.-Tel.) Die gestern im hiesigen Rathause gepflogenen Verhandlungen zwischen Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden heute fortgesetzt. Es soll von hier aus ein letzter Versuch gemacht werden, auf die Leitung der beiden Verbände im Sinne einer Verständigung einzuwirken. Die Aussperrung wird hier inzwischen ohne Rücksicht auf den Verständigungsversuch durchgeführt werden, es sei denn, daß er noch heute zum Ziele führen sollte, was nicht ganz ausgeschlossen ist.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Kaiserin hat das Protektorat über den 1911 in Berlin stattfindenden dritten Internationalen Kongreß für Säuglingsschutz übernommen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Auf dem Bahnhofe Fürstenwalde geriet ein 16jähriger Speditionslehrling zwischen Prellbock und Puffer eines Güterwagens und wurde sofort getötet.

Homburg v. d. H. Die Kaiserin hat sich heute vormittag nach Frankfurt zum Besuche ihrer Schwester, der Prinzessin Feodora, begeben.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Der Kaiser hat das Abschiedsgesuch des Kommandeurs des 9. Armeekorps, Generals der Kavallerie Freiherrn v. Bettinghoff, genehmigt. Zum Nachfolger wurde Generalleutnant Freiherr v. Klettenburg, Divisionskommandeur in Kassel, ernannt.

Halle. (Priv.-Tel.) Die im Soldatenmißhandlungsprozeß am Sonnabend verurteilten Offiziere der vierten Schwadron der Halberstädter Kürassiere haben ihr Entlassungsgesuch eingereicht.

Rees. Im Hause des Sattlers van der Moetten brach vormittags Feuer aus, das einen großen Umfang annahm und auch auf das Nachbarhaus übergriff. Die Frau des Sattlers, die vorgestern niedergekommen war, ist mit dem Säugling verbrannt. Bei den Rettungsarbeiten wurden drei Feuerwehrleute durch einen einstürzenden Kamin schwer verletzt.

Görlitz. Das Schwurgericht verurteilte den 21jährigen Hilfsgerichtsdiener Scholz, der in der Nacht zum 1. März seine Geliebte, die 23jährige Maschinennäherin Alma Sprenger, ermordet hatte, zum Tode.

Paris. (Priv.-Tel.) Roosevelt wird Donnerstag, den 21. April, in Paris eintreffen. Er wird sofort nach seiner Ankunft einen Besuch im Elysée machen. Am Freitag, den 22. April, gibt Präsident Fallières ein Diner zu Ehren des amerikanischen Gastes.

St. Etienne. Hier ist ein Dreher namens Duplanil verhaftet worden, der sich in das Hotel, in dem Briand bei seiner Wahlreise abgestiegen war, begeben und dort dringend den Ministerpräsidenten zu sehen verlangt hatte. Bei ihm wurden ein Dolchmesser und zwei geladene Revolver gefunden. Er erklärte, er habe Briand töten wollen, weil ihm dieser seine Ehre geraubt habe. Später beklagte er sich, ein Opfer der Spiritisten zu sein. Es wird vermutet, daß es sich um einen Geisteskranken handelt.

Marseille. Die Straßenbahnwagen sind heute zum Teil wieder in Betrieb gestellt worden. Die Dockarbeiter, Fuhrleute und Gasarbeiter streiken.

Athen. (Priv.-Tel.) Gestern abend wurde der frühere Hauptmann Chalkiopulos, der in einer Broschüre den Militärbund und den Kriegsminister Zorbas angegriffen hatte, von zwei Unteroffizieren der Kavallerie hinterrücks überfallen und durch Säbelhiebe am Kopfe verwundet. Die Unteroffiziere wurden festgenommen. Chalkiopulos begab sich, nachdem ihm ein Verband angelegt worden, zum Ministerpräsidenten, der die Bestrafung der Schuldigen versprach. Die Bevölkerung demonstrierte gegen die Armee und gegen die Offiziere.

Washington. Der Aufschub der Entscheidung des obersten Bundesgerichts in den Prozessen gegen die Standard-Oil und die American Tobacco-Company wird zur Folge haben, daß das Justizdepartement auch das Vorgehen gegen die Trusts hinausschieben wird. Dagegen wird das Verfahren seinen Fortgang nehmen in allen Fällen, in denen genügendes Beweismaterial für das Bestehen von Ringen zur Beschränkung des Handels oder zur Festhaltung bestimmter Preise vorhanden ist.

(Nachts etwa eingehende Depeschen siehe Seite 4.)

Frankfurt a. M. (Schluß abendbl.) Kredit 208,50 Disconto 188,10. Dresdner Bank 149,—. Staatsbahn 169,75 Lombarden 21,50. Laurahütte 172,50. Ungar. Gold —,—. Portugiesen —,—. Türkenlose —,—. Fest.

Wien (Schluß.) Rente 98,71. Anatolier 104,35 Neue Portugiesen 67,47½. Sporker 16,45 Türken (unif. Anl.) 84,22½ Türkenlose 218,50. Staatsbahn —,—. Lombarden —,—. Ottomanbank 7/1. Fest.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per April 25,50, per Sept.-Dezbr. 23,90, mehl. Mehl per April 50,25 per Sept.-Dezbr. 47,75, fest. Spiritus per April 61,75, per September-Dezember 45,50, fest.

London. (Wollenmarkt) Australischer Wollen ruhig, englischer Kreuzen ruhig aber stetig. Amerikanischer Mehl gering-re Nachfrage bei früheren Preisen. Hanauer Mark ruhig. Amerikan. und englisches Mehl ruhig. Gerste träge. Hafer schwach, La Plata 1½-3 d niedriger.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König hat den Rittergutsbesitzer Dr. phil. Arthur Becker auf Kötteritzsch zum Mitgliede der Ersten Kammer der Ständeversammlung ernannt.

— Der Assistent am Mineralogischen Institute der Universität Leipzig Dr. Hendrik Enno Boeke ist vom 1. April ab zum etatmäßigen außerordentlichen Professor in der Philosophischen Fakultät daselbst ernannt worden.

— **Bei der Straßen- und Wasserbauverwaltung** wurden versetzt: Benndorf, Bauamtmann bei dem Straßen- und Wasser-Bauamt Annaberg, in gleicher Eigenschaft zum Straßen- und Wasser-Bauamt Zwickau; Mehner, Bauamtmann bei dem Straßen- und Wasser-Bauamt Dresden I, in gleicher Eigenschaft zum Straßen- und Wasser-Bauamt Plauen; Dr.-Ing. Speck, Bauamtmann bei dem Straßen- und Wasser-Bauamt Bautzen, in gleicher Eigenschaft zur Straßen-Baudirektion; Kluge, Bauamtmann bei dem Straßen- und Wasser-Bauamt Plauen, in gleicher Eigenschaft zum Straßen- und Wasser-Bauamt Annaberg; Köhland, Bauamtmann bei dem Straßen- und Wasser-Bauamt Zwickau, in gleicher Eigenschaft zum Straßen- und Wasser-Bauamt Dresden I.

— **Die Abänderung des Steuergesetzes vom 3. Juli 1902** bezweckt ein Gesetzentwurf, der den Ständen zugegangen ist. Die Finanzdeputation A der Zweiten Kammer beantragt nun, den ganzen Gesetzentwurf samt Ueberschrift, Eingang und Schluß unverändert nach der Vorlage anzunehmen, die zu dem Gesetzentwurfe eingegangenen Petitionen aber, soweit sie nicht durch diesen Beschluß erledigt sind, auf sich beruhen zu lassen.

— **Besichtigung der Schwemmkanalisation und des Schlachthofs.** Die Mitglieder beider Kammern der Ständeversammlung, sowie diejenigen hohen Regierungsbeamten, die an der gesetzgeberischen Arbeit der Kammern unmittelbaren tätigen Anteil nehmen, besichtigten gestern vormittag die Anlagen für die Schwemmkanalisation in Kaditz und den neuen Schlachthof der Stadt Dresden. Die Besichtigung hatte den besonderen Zweck, den Mitgliedern der gesetzgebenden Körperschaften in Sachsen diejenigen Einrichtungen vor Augen zu führen, zu deren finanzieller Durchführung soeben das Dekret Nr. 22, betr. die Errichtung der Grundrenten- und Hypothekenanstalt der Stadt Dresden, den Ständen zugegangen ist. An der Besichtigung nahmen außer den meisten Mitgliedern der beiden Kammern und den vorerwähnten Regierungsbeamten die Staatsminister Dr. v. Otto, Dr. Beck und Graf Vitzthum v. Eckstädt, sowie mehrere Mitglieder des Landesmedizinalkollegiums teil. Die Gäste vereinigten sich um ½10 Uhr vormittags auf dem Salondampfer „Kaiser Wilhelm II.", wo sie von Herrn Oberbürgermeister Geh. Rat Dr. Beutler begrüßt wurden. Bei herrlichem Wetter genoß man die Fahrt elbabwärts in vollem Maße, bis der Dampfer an der Landestelle Kaditz anlegte, von wo aus sich die Gesellschaft sofort in die Gebäude der Kläranlage begab. Hier gab an der Hand der Pläne und unter Hinweis auf die ihrer Vollendung entgegengehenden Bauten Herr Stadtbaurat Fleck eine in großen Zügen gehaltene, allgemein verständliche Beschreibung der ganzen Anlage, worauf Herr Stadtbaurat Wahl die maschinellen Einrichtungen erläuterte. Nach einer eingehenden Besichtigung der Anlagen begaben sich die Gäste wieder auf den Dampfer zurück, wo ihrer ein von Traiteur Gruner vorzüglich arrangiertes Frühstück harrte, das bei zwangloser Unterhaltung eingenommen wurde, während der Dampfer wieder stromaufwärts fuhr, um die Gesellschaft an Onkel Toms Hütte zu landen, von wo aus eine Besichtigung der in der Vollendung begriffenen Baulichkeiten des neuen städtischen Schlachthofes vorgenommen wurde. Hier übernahm nach einer kurzen Ansprache des Herrn Oberbürgermeisters Geh. Rat Dr. Beutler die Führung Herr Stadtbaurat Erlwein. Nach 2 Uhr traf der Dampfer wieder in Dresden ein, worauf sich viele Mitglieder der Kammern sofort wieder in das Ständehaus begaben, um die dringende und wichtige Deputationsarbeit aufzunehmen.

— **Landwirtschaftliche Vereine und Politik.** Auf die in einem landwirtschaftlichen Vereine erhobene Frage, „ob innerhalb der landwirtschaftlichen Vereine Politik und Propaganda für eine politische Partei getrieben werden dürfe", erteilte nach dem „Dr. Journ." das Ministerium des Innern dem diese Frage vermittelnden Kreisvereine unter dem 2. Februar 1910 folgende Antwort: „Nach den früheren, im Jahre 1848 festgestellten, wie nach den am 10. Mai 1907 vom Ministerium des Innern festgestellten „Grundzügen der Organisation des landwirtschaftlichen Vereinswesens im Königreiche Sachsen" ist der Zweck der landwirtschaftlichen Vereine: „die Förderung der Landwirtschaft im allgemeinen oder einzelner Zweige derselben". Damit ist ein sachlich weites Gebiet als das Tätigkeitsfeld dieser Vereine bezeichnet. Die Behandlung der in dies Gebiet fallenden Gegenstände wird im Interesse der landwirtschaftlichen Vereine selbst so zu gestalten sein, daß sie die Beteiligung möglichst zahlreicher Landwirte an den Vereinsversammlungen und eine ruhige, sachliche Beratung fördert. Vereine, die für eine bestimmte politische Partei werben, erschweren oder verhindern damit den Anschluß von Angehörigen anderer politischer Parteien an den Verein. Anderseits würde es eine den Vereinszweck (Förderung der Landwirtschaft) grundlos einengende Ansicht sein, wenn die Besprechung von Fragen der Landwirtschaftspolitik von den landwirtschaftlichen Vereinen deshalb ferngehalten würde, weil diese Fragen auch die politischen Parteien beschäftigen. Als Fragen der Landwirtschaftspolitik haben die Fragen zu gelten, welche Wünsche bezüglich der die Landwirtschaft unmittelbar oder mittelbar beeinflussenden Gesetze, Verordnungen oder sonstigen Einrichtungen von den Landwirten geltend zu machen oder zu unterstützen sind, z. B. auch Fragen bezüglich der Schutzzölle, des Arbeiterrechts; des Unterstützungswohnsitzes, der Handelsverträge. Hiernach können die landwirtschaftlichen Vereine, ohne ihren Zweck zu überschreiten, ein weites Gebiet wirtschaftlicher Fragen behandeln. Die Art, wie sie die Fragen dieses weiten Gebietes behandeln, muß aber erkennen lassen, daß sie nicht Parteipolitik treiben wollen, auch wenn vorübergehend oder andauernd der Verein nur aus Angehörigen einer politischen Partei bestehen sollte, sondern daß die Förderung der Landwirtschaft ihr einziges Ziel ist. Die Klarheit, Entschiedenheit und das Taktgefühl des Vorstandes werden hierbei im einzelnen Falle das Rechte treffen müssen.

— **Ueber die neue Miet- und Pachtvertrags-Stempelsteuer** schreibt man uns: In den nächsten Tagen kommen die bekannten blauen Einkommensteuerzettel zur Austragung. Gleichzeitig mit diesen werden neue Steuerzettel über die Miet- und Pachtvertrags-Stempelsteuer behändigt werden. Diese neue Landessteuer, welche erstmalig zur Erhebung kommt, wird in nur einem Termine, am 30. April jeden Jahres, mit der Staatseinkommensteuer zur Erhebung kommen. Sie wird nicht besonders drückend wirken, weil sie einen großen Teil der Einwohner, und zwar in der Hauptsache die Minderbemittelten, überhaupt nicht trifft, indem Miet- und Pachtverträge bis mit 400 Mark jährlich frei sind. Diese Steuer, die im gegenwärtigen Falle den Stempel gemäß Nr. 17 I des Tarifs zum Sächsischen Stempelsteuergesetze vom 12. Januar 1909 vertritt, beträgt $^{2}/_{10}$ vom Hundert des Miet- oder Pachtzinses; bei einem jährlich zu zahlenden Miet- oder Pachtzinse von 500 Mark somit 1 Mark. Die Steuersätze steigen von 10 Pfg. zu 10 Pfg.; bei der Berechnung sich ergebende Spitzen werden, wenn sie 5 Pfg. oder weniger betragen, unberücksichtigt gelassen, wenn sie 6 Pfg. oder mehr betragen, auf 10 Pfg. abgerundet. Hausbesitzer unterliegen, dafern sie im eigenen Grundstücke wohnen, der Stempelsteuer nicht, vorausgesetzt, daß sie alleinige Besitzer sind; andernfalls genießen sie nur Befreiung im Verhältnis beziehentlich nach dem Anteile ihres Miteigentums. Hat z. B. ein Miteigentümer nach ¾ Anteil Räume im Mietwerte von 800 Mark inne, so ist er nach 600 Mark stempelsteuerfrei und nach 200 Mark stempelsteuerpflichtig. Gänzlich frei sind die Inhaber freier Dienstwohnungen, während für Dienstmietwohnungen die Steuer zu zahlen ist. Eine wesentliche Bestimmung ist auch die, daß der stempelsteuerpflichtige Miet- oder Pachtzins alle von dem betreffenden Mieter oder Pächter dem Hauseigentümer gegenüber übernommenen Leistungen, z. B. Gas- oder Wasserzins, Kosten der Zentralheizung usw., umfaßt, und daß die Steuer auch dann einzuheben ist, wenn der Mieter oder Pächter zur Zeit der Erhebung nicht mehr hier wohnt oder sich aufhält. Ist der Mieter oder Pächter aber verstorben, so ist die Steuer von den Erben oder den zur Verwaltung oder Vertretung des Nachlasses bestellten Personen zu fordern. Die amtlichen Unterlagen für die Miet- und Pachtverzeichnisse bilden die Einkommensteuer-Hauslisten vom 12. Oktober des vorhergegangenen Jahres. Im übrigen ist es ohne Einfluß auf